

Kostenlos Bus für Schulkinder?

Die Ilm-Kreis Landrätin Petra (LINKE) hat als erste die Kostenbeteiligung für kommunale Schülerbeförderung angeschafft. Grüne und LINKE wollen das auch in anderen Kreisen umsetzen.

In den letzten Monaten verzeichneten die Thüringer Kommunen viel Bewegung in der Jugendpolitik, speziell in der Schülerbeförderung. Viele Landkreise und kreisfreien Städte setzten ergänzende Regelungen im Schülerverkehr und machen von ihren kommunalen Selbstverwaltungsrecht Gebrauch. Grundlage für dieses Vorgehen bietet Paragraph 4 des Thüringer Gesetzes zur Finanzierung der staatlichen Schulen, der die Kommunen als Träger der Schülerbeförderung vorsieht. Daraus ergibt sich einerseits eine Verantwortung der Kommunen für die Planung, Finanzierung und Bereitstellung des Schülerverkehrs. Andererseits schafft er kinderunfreundliche Voraussetzungen für Kommunen und Jugendliche. Denn nicht nur, dass den Kindern und Jugendlichen keine Wahlfreiheit bei den Schulen gelassen wird, indem der Erstattungsanspruch nur bis zur nächstgelegenen Schule besteht, sieht das Schulfinanzierungsgesetz auch vor, dass Schülerinnen und Schüler ab der Klasse 11 an den Kosten ihrer Beförderung beteiligt werden können. Insbesondere gegenüber Letzteren setzen sich die Thüringer Kommunalpolitiker zu Wehr. So machte die LINKE Landrätin Petra Enders (Ilm-Kreis) im Mai des letzten Jahres den Auf-



schlag und sah in der neuen Satzung zur kommunalen Schülerbeförderung diese Kostenbeteiligung nicht mehr vor. Und auch im Kreistag des Landkreises Sonneberg wurde die Initiative "Kostenlose Schülerbeförderung für alle" durch einen Antrag der örtlichen Fraktionsgemeinschaft der Linken und Grünen gestartet. Hier heißt es etwa seitens der Fraktion: "Der Landkreis muss dem Grundsatz, dass Bildung kostenlos sein sollte, hinsichtlich der Schülerbeförderung endlich folgen." Während im Wartburgkreis eine solche Kostenbeteiligung bisher gar nicht vorge-

sehen war, regt sich auch in Gera ein solches Vorhaben im Sinne der Familienfreundlichkeit. Doch um auch zukünftig Schritte hinsichtlich einer kostenlosen Beförderung unabhängig vom Ort der Schule und des Wohnsitzes des Schülers oder der Schülerin gehen zu können, braucht es auch Bewegung von der Landespolitik. Viele Kommunen, die diesen Schritt gehen möchten, um im gesamten Einzugsgebiet eine kostenlose Beförderung zu ermöglichen, scheitern an der Finanzierbarkeit. Dieses Vorhaben wird nämlich als freiwillige Aufgabe der Kommunen gewertet, und somit finanziell

nicht unterstützt. Doch dass sich in diesem Bereich etwas verändern wird ist mehr als unwahrscheinlich. So ist das Erstattungsrecht, welches an Wohnort und Ort der Schule festhält, eine Hintertür um die Attraktivität von Gemeinschaftsschulen zu schmälern. Ein fauler Kompromiss also, der schwierig zu lösen ist, wenn man durch die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse im Landtag auf christdemokratische Gegner der Gemeinschaftsschulen angewiesen ist.

100 Millionen Euro Schulden abgebaut

Trotz Coronakrise: Schuldenstand der Thüringer Kommunen im Jahr 2020 deutlich gesunken.

Die Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände hatten Ende 2020 nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik einen Schuldenstand in Höhe von 1,4 Milliarden Euro bzw. eine Pro-Kopf-Verschuldung von 664 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Schulden um 106,5 Millionen Euro bzw. 7,0 Prozent. Von den 1,4 Milliarden Euro entfielen 296,4 Millionen Euro auf die kreisfreien Städte (529 Euro je Einwohner), 759,0 Millionen Euro auf die



kreisangehörigen Städte und Gemeinden (485 Euro je Einwohner), 15,0 Millionen Euro auf die Verwaltungsgemeinschaften (51 Euro je Einwohner) und 341,1 Millionen Euro auf die Landratsämter (218 Euro je Einwohner). Alle kommunalen Körperschaftsgruppen konnten ihren Schuldenabbau weiter vorantreiben. Die kreisfreien Städte haben ihre Schulden um 37,8 Millionen Euro reduziert. Das waren 11,3 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Landratsämter konnten ihre Schulden um 38,0 Millionen Euro (-10,0 Prozent) weiter abbauen. Bis Ende 2020 haben die kreisangehörigen Gemeinden ein-

schließlich der Verwaltungsgemeinschaften 30,6 Millionen Euro (-3,8 Prozent) Schulden abgebaut.

Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V. V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann Landesgeschäftsstelle Trommsdorffstraße 4 99084 Erfurt Telefon: 0361 54128389